

Beschluss des MIT-Bundesvorstands am 15.10.2012 in Berlin
Antragsteller: Peter Erl, MU Bayern

Keine Europäische Bankenunion

Die Bundesregierung und die CDU werden aufgefordert, sich mit allem Nachdruck gegen die Errichtung einer Europäischen Bankenunion einzusetzen. Auch nach Errichtung einer europäischen Bankenaufsicht muss das jeweilige Mitgliedsland voll für eine Bankenrekapitalisierung haften, wenn eigene Anstrengungen der Bank erfolglos bleiben. Eine Haftungsunion muss in jedem Fall vermieden werden. Des Weiteren werden die CDU Deutschlands und die deutschen Mitglieder der EVP-Fraktion aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene ein Bankenrestrukturierungsgesetz mit Bankenabgabe nach deutschem Vorbild eingeführt wird.

Begründung:

Eine gesamteuropäische Bankenunion nimmt solide aufgestellte Banken für risikoreich wirtschaftende Banken in Mithaftung und gefährdet damit die Einlagensicherung von Sparern. Es ist absolut inakzeptabel wenn deutsche Sparer für die Fehlspekulationen spanischer und anderer Banken gerade stehen sollen.

Es ist zudem insgesamt ein Trugschluss, dass die Errichtung einer Europäischen Bankenunion zur Bewältigung der europäischen Schuldenkrise beitragen würde. Die Ursachen der Krise liegen vor allem in der hohen Staatsverschuldung und mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten. Zur Bewältigung der Krise müssen diese Ursachen im Kern bewältigt werden. Maßnahmen, die keine dahingehenden Auflagen beinhalten, sind abzulehnen.

Das deutsche Bankenrestrukturierungsgesetz hat sich sehr gut bewährt, so dass es nun auch auf europäischer Ebene Anwendung finden soll. So kann verhindert werden, dass Banken kritische Größe erreichen bzw. können so Banken von kritischer Größe auf unkritische Größe restrukturiert werden, um ein too-big-to-fail zu verhindern.